

# INSTITUT FÜR HERMENEUTISCHE SOZIAL- UND KULTURFORSCHUNG E. V.

Andreas Franzmann

Mai 2001

## **Wissenschaft am Scheideweg. Die Goethe-Universität auf dem Weg in den Bonapartismus**

Die deutsche Universität befindet sich in einer Phase des Umbruchs. Die gegenwärtigen Reformen werden ihre innere Verfassung tiefgreifend verändern und es ist nicht übertrieben, in ihnen einen historischen Einschnitt und Paradigmenwechsel zu sehen. Nach dem Wiederaufbau der Hochschule in der Nachkriegszeit sowie ihrem Ausbau zur Massenuniversität nach 1968 wird nun ihr Umbau in ein Wissenschafts-Unternehmen propagiert, wodurch das Ende einer langen, durch Humboldt begründeten Tradition der universitären Wissenschaft in Deutschland besiegelt wird.

Kernstück der Reform ist neben der Änderung des Dienstrechts für Professoren und der Abschaffung der Habilitation die Errichtung eines modernen Universitäts-Managements. Es soll die Hochschulen in die Lage versetzen, sich in einem verschärften internationalen Wettbewerb um Studenten, Spitzenforscher und Drittmittel behaupten zu können. Im Zentrum stehen dabei die Ablösung der Rektoratsselbstverwaltung durch ein hierarchisches Präsidialsystem und die Implementierung von Anreizsystemen und solchen der Leistungskontrolle im Forschungs- und Lehrbetrieb. Das neue hessische Hochschulgesetz spielt der Universitätsleitung hierbei eine ganz neue Rolle zu. Bestand ihre Aufgabe bislang darin, die Selbstverwaltung der Wissenschaft zu organisieren, kommt ihr nun die Aufgabe zu, auch eine gewisse strategische Ausrichtung der Universität in Forschung und Lehre zu betreiben, um ihr so ein erkennbares Profil zu geben. Daneben ist ihr die Aufgabe zugefallen, die von der Politik vorgegebenen Reformpunkte in der Universität auch umzusetzen. Die Politik will, daß die Budgets der Fachbereiche in Zukunft nach „Parametern“, also verwaltungstechnisch nachprüfbareren Kriterien errechnet werden. Die Mittelzuweisung soll abhängig von der Anzahl der Studenten, der Abschlüsse in der Regelstudienzeit, der Dissertationen, der Drittmittel etc. erfolgen. Die Reform legt der Hochschulleitung eine enorme Last auf und es war von Anfang an ungewiß, ob sie diese Last würde schultern können.

Auch die Frankfurter Goethe-Universität ist in diese Reformphase eingetreten. Ende des vergangenen Jahres ist eine Arbeitsgruppe unter Leitung ihres Präsidenten Professor Steinberg mit einem eigenen Analysepapier, dem sogenannten „Perspektiven-Papier“ an die universitäre Öffentlichkeit getreten - mit dem erklärten Ziel, die Diskussion über die Zukunft der Hochschule in Gang zu bringen. Aus drei Gründen hat das Papier viel Kritik auf sich gezogen: Erstens wegen seines rigiden Zeitplans, nach dem in kürzester Zeit über wichtige Fragen zur organisatorischen Zukunft der Universität Entscheidungen getroffen werden sollten. (So sollten die Fachbereiche innerhalb weniger Monate ihr Zusammengehen in vier Großfakultäten beschließen, sich auf Schwerpunkte ihrer zukünftigen

gen Arbeit festlegen oder über neue Studiengänge entscheiden.) Zweitens wegen einer insgesamt als unzureichend empfundenen Problemanalyse und vieler inhaltlicher Unklarheiten, die vor dem Hintergrund des Zeitplanes um so problematischer schienen. (Das Verhältnis der Fachbereiche zu den neuen Fakultäten, ihrer aufgewerteten Dekanatsspitze und der Präsidialverwaltung war nicht klar, inhaltliche Vorschläge zur Schwerpunktbildung waren kontrovers, und ein wichtiges Problem der Universität, die Verwaltung, kam in der Analyse gar nicht vor.) Und drittens löste es Kritik aus wegen seines betont antihumboldtianischen Ansatzes, der ganz im Geiste der gegenwärtigen von der Politik vorgegebenen Reformbestrebungen, von Evaluation, Qualitätssicherung und science-business formuliert war.

In Stellungnahmen, in denen der Präsident auf die Kritik reagierte, gab er stets zu erkennen, daß er mit allen diesen Einwänden gerechnet hatte. Man habe in der Tat noch viele Fragen zu klären, aber die Diskussion sei auf einem guten Wege und man schreite stetig voran. Nachdem sich viele Fachbereichsräte und zuletzt auch die größte Professorengruppe, Ratio, ablehnend zu dem Papier geäußert hatten, trat er jedoch den geordneten Rückzug an, nahm den Zeitplan im Februar zurück und bezeichnete sein Papier nur noch als „Anstoß“ zu einer Planungsdiskussion, was es deutlich abschwächte. Er verwies nun darauf, daß das Hauptziel, die inneruniversitäre Reformdiskussion überhaupt anzuschieben, ja erreicht worden sei. Danach schien die Hoffnung berechtigt, daß die in Gang gekommene Diskussion ernsthaft und sachorientiert geführt werden könnte. Doch daraus ist nichts geworden. Denn die Debatte ist – wie sich im Nachhinein immer deutlicher zeigt – in einem gegenseitigen Mißtrauen begonnen worden, ein Mißtrauen, das die ohnehin schwierige sachliche Auseinandersetzung erschwert und mittlerweile sogar zu einer Entfremdung zwischen Präsidium und universitärer Basis geführt hat.

Mehrere Faktoren haben dazu beigetragen. Zunächst war die Debatte sehr dadurch einträchtig und ist es bis heute, daß die Prämissen der Reformdiskussion der Universität nicht von innen entwickelt, sondern von außen, nämlich von der Politik vorgegeben worden sind. Dies hatte zur Konsequenz, daß die Diskussion von vornherein auf Ausführungsbestimmungen beschränkt und die Hochschulleitung dabei als ausführendes Organ wahrgenommen werden mußte. Da die Universitätsleitung aber überdies auch von sich aus von Anfang an deutlich machte, auf der Basis der politischen Vorgaben agieren zu wollen, konnte sich eine grundsätzliche Kritik nicht mehr hinter ihr versammeln, sondern mußte sich paradoxerweise gegen sie wenden. Doch dazu ist es gar nicht gekommen, denn da die Professoren mit einer scharfen Kritik am Präsidium die eigenen Repräsentanten gegenüber dem Ministerium geschwächt hätten, blieb eine offene Artikulation der Kritik blockiert. Ein weiteres Problem war, daß die Hochschulleitung natürlich viele Bedenken gegen die politisch gesetzten Prämissen der Reform geteilt hat, sie aber selbst nicht eindeutig formulierte. Auf diese Weise ist der Adressat einer Kritik in der Debatte immer unklarer geworden. Wenn man sich an die Politik wandte, bekam man als Antwort, man habe der Universität jetzt mehr Autonomie gegeben und wolle sich nicht in ihre inneren Reformprozesse einmischen. Sowohl die hessische Wissenschaftsministerin wie ihr Staatssekretär haben Einladungen zu universitätsinternen Diskussionsveranstaltungen zur Hochschulreform mit diesen Gründen abgelehnt. Wenn die Kritik dann an das Präsidium herangetragen wurde, verwies die Hochschulleitung mehr oder weniger achselzuckend auf die politischen Vorgaben. Die Zeit des Widerstandes sei vorbei, hat der Präsident das einmal formuliert – die erstaunten Hörer im Unklaren lassend, ob damit der Widerstand gegen das neue Hochschulgesetz oder nicht vielmehr '68 gemeint sei. Wenn man das Präsidium dann nüchtern darauf hinwies, daß der Reform auch ganz unfundamentalistisch viele praktische Unklarheiten innewohnten, die der Universi-

tät auch schaden könnten, gab sie dies unumwunden zu, um freilich an den Grundlinien nicht zu rühren. Deshalb wirkt es heute nicht mehr sehr glaubhaft, wenn aus dem Präsidium Bedenken gegen die Reform laut werden, was angesichts der Schwierigkeiten in der Kooperation zwischen dem Präsidialamt und den Fachbereichen ständig geschieht.

Da sich das Präsidium nun einmal auf die Ausführungsrolle eingelassen hat, hat es damit für die Universität eine politisch strittige Entscheidung symbolisch festgeschrieben: Die Finanz- und Strukturprobleme der Universität sind als innere Probleme praktisch akzeptiert und der Rückzug des Staates aus seiner finanziellen Gesamtverantwortung für die Forschung und Lehre hingenommen. Seitdem ist die Universität auf ungute Weise in zwei Lager gespalten. Eine schweigende Mehrheit lehnt es weiterhin ab, die Probleme der Hochschule, vor allem ihre finanzielle Unterausstattung und ihre Bürokratisierung als interne Probleme der Universität anzusehen und den Staat etwa aus seiner Alimentierungspflicht zu entlassen. Eine agile Minderheit ist mit dem Präsidenten bereit, den finanziellen Rückzug des Staates als Faktum hinzunehmen, um andere Wege der Mitteleinwerbung beschreiten zu können. Und diese Minderheit gibt derzeit in der universitätsinternen Diskussion den Ton an, während jene andere eher darauf setzt, die Reform auszusitzen.

Einige atmosphärische Ungeschicklichkeiten haben die Debatte zusätzlich erschwert. So folgte der Rücknahme des ursprünglichen Zeitplans schon nach wenigen Wochen ein neuer Termindruck. Das Präsidium forderte die Fachbereiche auf, Schwerpunkte ihrer zukünftigen Arbeit in Forschung und Lehre zu benennen, denn die Universität müsse diese dem Ministerium bis Mitte Juni vorlegen, um mit ihm in Verhandlungen über Zielvereinbarungen treten zu können. Die Debatte konnte also nicht ohne Zeitnot geführt werden. Der Verdacht drängte sich auf, daß die Debatte nach einer vorgeplanten Regie geführt wurde. Dann zeigte sich in den Diskussionen, daß die Kritiker auch gar nicht wirklich ernst genommen wurden. Kritisierte man das Perspektiven-Papier, wurde souverän darauf verwiesen, daß es ja längst nicht mehr der neueste Stand der Debatte sei. Fragte man jedoch nach den neuen Entwürfen, deren Existenz allenthalben angedeutet wurde, tat man dies vergebens. In einer öffentlichen Stellungnahme faßte der Präsident zwischenzeitlich die Diskussion mit den Worten zusammen, er habe viel Zustimmung zu seinen Plänen erfahren, allerdings nicht aus der Universität selbst, sondern von Außen, aus Politik, Verbänden, Stadt und Wirtschaft. Aus der Universität sei viel Kritik gekommen, „aber“ die Kritik sei „konstruktiv“. Durch diese gönnerhafte Formel fühlten sich viele Angehörige der Universität vor den Kopf gestoßen. Dann tauchte das schon überholt geglaubte Perspektiven-Papier als Planungsgrundlage plötzlich wieder auf. Es wurde jüngst dem Hochschulrat als Analyserahmen präsentiert, dem neuen Beratungsgremium, dessen Rolle ebenfalls noch nicht klar ist und das sich mehrheitlich aus Nichtwissenschaftlern zusammensetzt. Es hat das Papier in Details kritisiert, doch seinen Ansatz insgesamt für richtig erklärt. Nun ist es also wieder wegweisend, die Kritik daran ist ins Leere gelaufen. Der Verdacht, daß die Leitlinien des Papiers nie in Frage gestellt worden waren, schien sich zu bestätigen.

Im Nachhinein ist auch klar, daß schon das Perspektiven-Papier selbst inszenatorischer Bestandteil einer strategisch geplanten Reformpolitik war. Viele Einzelaspekte des Präsidenten-Papiers haben Kritik ausgelöst, aber nichts war so wirkungsreich wie die Mitteilung, daß die Arbeitsgruppe des Präsidenten, die jenes Papier verfaßt hatte, sich von der Unternehmensberatung McKinsey hatte moderieren lassen. Damit wurde nicht nur signalisiert, daß der Präsident den Reformprozeß programmatisch an sich ziehen wollte, was sein gutes Recht ist. Es hat auch offen zu erkennen gegeben, daß auf der Basis der

Annahme gearbeitet wurde, die Reformdiskussion könne letztlich nicht in kollegialer Atmosphäre geführt werden, sondern müsse wie die Reform eines Großkonzerns durch provokatorische Vorgaben und Druck angeschoben werden.

Das Präsidium signalisierte mit dem McKinsey-Einsatz objektiv, daß es weder sich selbst noch den Selbstverwaltungsgremien der Universität länger zutraut, die inneren Reformprobleme aus eigener Kraft bewältigen zu können. Die Arbeitsgruppe des Präsidenten hatte sich nicht deshalb moderieren lassen, um sich intern in Teilproblemen helfen zu lassen, etwa wie die Verwaltung zu restrukturieren sei oder wie das Frankfurter Umfeld, Banken, Unternehmen und Organisationen besser in die Finanzierung der hiesigen Wissenschaft einbezogen werden könnte, sondern es hatte öffentlich das organisatorische Gesamtgefüge der Universität miteinbezogen und damit faktisch die kollegiale Selbstverwaltung zum Teil des Problems erklärt. Durch die öffentliche Inszenierung der McKinsey-Beratung wurde offen in Kauf genommen – und das von vornherein, daß der Eindruck entstehen würde, die universitären Gruppen seien selbst gar nicht der Akteur, sondern das Objekt der Reformbestrebungen. Die universitären Gruppen wurden als eine träge, reformresistente Masse behandelt und brüskiert. Darüber hinaus wurden sie auch entwürdigt, indem sogar die inhaltliche Ausrichtung der Forschung und Lehre in dem McKinsey-Papier zur Disposition gestellt und diskutiert worden war. Das handelte der Präsidentengruppe den berechtigten Vorwurf ein, die wissenschaftliche Qualität der Universitätsfächer dem Urteil nichtwissenschaftlicher Berater auszusetzen.

Es ist bis heute eigentlich ein Rätsel, was mit der öffentlich inszenierten Moderation durch McKinsey bezweckt werden sollte. Sicher, McKinsey ist nicht irgendeine Beratungsfirma, sondern eine, durch deren Hinzuziehung man signalisiert, daß in verschiedenen Bereichen einschneidende Kürzungen anstehen, die freilich noch nicht offen ausgesprochen werden können. Man läßt so die Mitarbeiter ganz wie in der freien Wirtschaft schon einmal vorahnen, was kommen wird, um eine Reformdynamik anzufachen. Aber langt dies hin? Was zumindest für das Motiv einer Schockankündigung sprechen könnte, ist, daß in den kleinen Fächern und Spezialgebieten eingespart werden soll, indem man bestimmte Fächer ganz schließt und die so freiwerdenden Mittel in andere `gewichtigere` Fächer umleitet. Wenn andere Universitäten komplementär genauso verfahren, kann es zu einer selektiven Schwerpunktbildung der Universitäten und mithin zu der gewünschten Profilierung kommen. Diese Maßnahmen sind nicht in toto unvernünftig, aber es wäre für die betroffenen Fächer viel leichter gewesen, die Prozesse der Verlagerung konstruktiv mitzugestalten, wenn diese mit der Zusicherung hätten begonnen werden können, daß die an einem Ort eingesparten Professuren und Mittel an einem anderen auch wirklich wieder auftauchen und nicht zum Beispiel auf dem Weg dorthin vom Ministerium einfach einbehalten werden. Doch dies setzt Vertrauensbildung im Stillen voraus, was man mit McKinsey gewiß nicht erreichen konnte. Bringt man diese Kritikpunkte an der Beauftragung von McKinsey in der universitären Debatte zur Sprache, kann man seitens der Präsidialabteilung nur ungeduldiges Kopfschütteln beobachten. Heute, da das Präsidium auf die Kooperation der Fachbereiche angewiesen ist, ist der Hinweis auf das Provokante des McKinsey-Einsatzes nur noch störend.

Die heutige Situation ist sehr von dem Versuch der Hochschulleitung geprägt, dem Mißtrauen entgegenzuwirken und die Kooperationsbereitschaft zu erhöhen. Doch die dazu offenkundig ersonnene Strategie ist wenig geeignet, die Schwächen der Eröffnung zu korrigieren. Zum einen wurden „Arbeitsgruppen“ gebildet. Dort sollte es um die zukünftigen Schwerpunkte der Goethe-Universität in Forschung und Lehre gehen sowie die Mechanismen diskutiert werden, nach denen die Mittelvergabe laufen solle. Zum anderen

wurden die universitären Gruppen zu Einzelgesprächen eingeladen, in denen um eine Mitarbeit geworben wurde. Die Arbeitsgruppen wirkten von Anfang an eher problemverschärfend, denn ihre Rolle blieb unklar und ihre Besetzung schien willkürlich. Heute durchzieht ein unübersichtliches Netz von Küchenkabinetten die Universität, was den Eindruck intransparenter Entscheidungswege hat entstehen lassen. Kaum jemand hat noch einen Überblick darüber, wer wo etwas zu sagen hat. Nachdem Protokolle der Arbeitsgruppen im Internet veröffentlicht worden waren, ohne daß die Einwilligung der dort mitarbeitenden Professoren eingeholt wurde, ist noch der Beigeschmack hinzugekommen, daß diese Arbeitsgruppen lediglich instrumentalisiert wurden. Auch die „persönlichen Gespräche“ mit den einzelnen Statusgruppen konnten die Entfremdung kaum abbauen. Das Präsidium gestand zwar erneut offen ein, in vielen Fragen selbst noch ohne Antwort zu sein und es ließ auch erkennen, daß es selbst viele Vorgaben der Politik nicht für umsetzbar, gar für verhängnisvoll halte. Doch eine wirklich offene Diskussion kam nicht mehr zustande, auch weil nach wie vor alle grundlegenden Einwände als unpragmatisch oder illusionär zurückgewiesen und nur noch als fundamentalkritische Störoperation behandelt wurden. Das Präsidium beschränkte sich darauf zu informieren und ließ ernsthafte Nachfragen entweder ins Leere laufen oder behandelt sie so, als ob sie auch später noch geklärt werden könnten. Eine Klärung der grundsätzlichen Fragen, wie angesichts der drohenden Evaluationsmechanismen Bedingungen für ein wissenschaftlich kreatives Arbeiten bewahrt, wie eine sachliche Verengung der Forschung und Lehre durch die geforderte Schwerpunktbildung vermieden oder wie eine weitere Verschulung der Universität aufgehalten werden könnte, fand nicht statt. Auf diese Weise wurden auch diejenigen Kritiker vor den Kopf gestoßen, die - wie die Mehrheit - gar nicht gegen, sondern für eine Reform sind, aber befürchten, ein Schnellschuß ohne ausreichende Diskussion könnte nach hinten losgehen und die Universität könnte mit einem unklaren Konzept der Evaluation und Zielvereinbarung noch mehr mit Bürokratie überzogen, statt von ihr befreit werden. Die Debatte hierüber wird gar nicht geführt.

Unterdessen schreitet die Reform immer weiter voran. Das Präsidium forderte - selbst unter Zeitdruck geraten - die Fachbereiche immer drängender dazu auf, Schwerpunkte zu benennen. Die meisten Fachbereiche reagierten zunächst sehr zurückhaltend auf dieses Ansinnen, aus der völlig rationalen Überzeugung heraus, daß man sich nicht auf Schwerpunkte festlegen kann, solange nicht geklärt ist, was dies eigentlich praktisch bedeutet. Was sind überhaupt Schwerpunkte? Was folgt aus der Schwerpunktbildung im Hinblick auf die Zukunft der Mittelvergabe? Inwiefern werden Personal- und Mittelentscheidungen an bestehende Schwerpunkte gebunden? Nach welchen Kriterien sollen Leistungen in Schwerpunkten mit anderen Forschungsprojekten verglichen werden? Schwerpunkte hat es immer schon gegeben, und es spricht nichts dagegen, sie auch weiter zu fördern oder auszubauen. Doch eine elementare Voraussetzung für eine solide Konzeption wäre mindestens, daß ein Mechanismus in Kraft tritt, der sicherstellt, daß die Mittelzuweisung für bestehende Forschungsschwerpunkte die Entstehung neuer Schwerpunkte nicht behindert, sondern umgekehrt innovative Entwicklungen gerade honoriert werden. Denn andernfalls droht die Schwerpunktbildung zum bürokratischen Sargnagel für Innovationen schlechthin zu werden. Und solange dies nicht geklärt ist, kann sich die Universität nicht auf Schwerpunktnennungen einlassen. Die vollkommen ungeklärte Diskussion über Evaluation, Qualitätskontrolle, Parameter der Leistungsbewertung etc. hängt damit natürlich zusammen. Es ist so vieles ungeklärt, daß es einem Vabanquespiel gleichkommt, sich festzulegen.

Der Präsident hat stets argumentiert, daß mit der Nennung von Schwerpunkten alle diese Fragen keineswegs endgültig entschieden seien. Daraufhin haben sich einige Fachberei-

che darauf eingelassen, Schwerpunkte zu benennen, teils in naivem Vertrauen auf faktische Folgenlosigkeit, teils in schlichter Hörigkeit gegenüber Verwaltungsvorgaben, teils in wohlwogener Absicht, die eigenen Startpositionen für spätere Verteilungskämpfe jetzt zu stärken, da man noch Einfluß nehmen kann. Dort, wo es nicht auf Entwürfe zurückgreifen konnte, hat das Präsidium selbst Vorschläge angedeutet, wodurch der Eindruck entstanden ist, es würden auch dann Schwerpunkte dem Ministerium genannt werden, wenn sie von den Fachbereichen nicht abgesehnet wurden. Das hat den Druck noch erhöht. Insgesamt haben die Fachbereiche dann einer nach dem anderen Entwürfe abgegeben, nicht weil sie inhaltlich überzeugt worden wären, sondern weil mittlerweile die Einschätzung vorherrschte, man könne den fahrenden Dampfer nicht mehr von seinem Kurs abbringen und würde sich am Ende mehr schaden, wenn man sich weiter verweigere. Doch über das Innenleben der Fachbereiche und den Charakter der Entwürfe darf man sich keine Illusionen machen: die Schwerpunkttitel sind meist rein deskriptiv, vieles ist konzeptlos oder einfach summarisch zusammengetragen. Von einem soliden Konzept kann keine Rede sein. In einzelnen Fachbereichen ist einfach die Parole ausgegeben worden, möglichst viele, möglichst „klingende“ Schwerpunkte zu nennen. Je mehr desto besser. Der Widerstand ist einfach in Vorteilswahrung umgeschlagen. Viele Professoren haben sich plötzlich Koalitionspartner gesucht, um sich besser in Stellung zu bringen und sich einem Schwerpunkt anzugliedern, oder betreiben die Aufwertung ihres Instituts oder Studienzentrums zu einem Schwerpunkt. Gerade viele jüngere Professoren können sich dem Sog nicht entziehen, da sie sonst sich und ihren Mitarbeitern langfristig schaden könnten, während ältere Professoren, die Emeritierung vor Augen, sich kopfschüttelnd oder resigniert zurückziehen, obwohl gerade sie tatsächliche Frankfurter Schwerpunkte aufgebaut haben und repräsentieren. Die „Schwerpunktbildung“ folgt also weniger der Logik einer soliden Bestandsaufnahme, sondern gehorcht der Logik des Marketing. Die McKinsey-Arbeitsgruppe des Präsidenten hatte es vorgemacht, als sie für die Universität eine „Neue Frankfurter Schule“ eingefordert hatte. Die Universität ist auf dem Wege, ob des Marktgeschreis den Realismus in der Selbsteinschätzung zu verlieren.

Es grenzt mittlerweile an Amtsvergessenheit, daß die Professoren als hauptverantwortliche Gruppe der Universität nicht viel massiver und öffentlich auf eine Diskussion der ungeklärten Punkte drängen. Irritierend ist auch die Sorglosigkeit, mit der einige unter ihnen munter Schwerpunkte gebastelt und dem Präsidium zugerufen haben, ohne zu wissen, was das für Folgen haben wird. Aber daß sich kaum einer darüber Rechenschaft ablegt, daß jede Schwerpunktbenennung zum jetzigen Zeitpunkt die Schwächung anderer zumindest in Kauf nimmt, ist geradezu atemberaubend. Es läßt einen daran zweifeln, ob der Prozeß der Zermürbung wissenschaftlicher Kollegialität überhaupt noch aufgehalten werden kann. Die ganze Situation ist nicht mehr die einer wissenschaftlichen Kooperation, sondern die eines Verteilungskampfes. Und vollkommen sinnlos sind dadurch auch die Fächer untereinander in eine Konkurrenz geraten. Wenn es so weitergeht, sind sie bald nicht mehr allein Verkörperungen wissenschaftlicher Disziplinen, sondern Konkurrenten. Dieser „Wettbewerb“ hat freilich nichts mehr mit Forschung zu tun. Er kann nicht mit Argumenten geführt werden, sondern ist alleine mit dem Hinweis auf gesellschaftliche Bedeutung und Verwertbarkeit zu bestreiten. Das wird im Endeffekt aber jede einzelne Disziplin weiter schwächen. Denn der Verteilungskampf gegeneinander verwischt nur die simple Tatsache, daß sich die Fächer in ihrem erkenntnislogischen Kern im Prinzip alle gleich sind. Innovation beruht auf der Kreativität des Einzelnen und Kreativität ist grundsätzlich nicht planbar, sondern gedeiht überall dort, wo befähigte Forscher Erkenntnis um ihrer selbst willen bedingungslos betreiben dürfen. Da dies für alle Fächer gleichermaßen gilt, können die Wissenschaften auch nur gemeinsam dieses

Prinzip verteidigen. Lassen sie sich in ein Konkurrenzverhältnis drängen, wird es immer schwieriger werden, die Autonomie der Forschung überhaupt zu verteidigen.

Von der Frankfurter Universitätsleitung ist keine Korrektur dieses unheilvollen Prozesses zu erwarten. Ganz offensichtlich ist ihr die in Gang gekommene Dynamik des Reformprozesses mittlerweile wichtiger, als ihre genaue inhaltliche Ausrichtung. Sie verbreitet überall reformerischen Optimismus, obwohl auch ihr die Spaltung der Universität und das Unsolide der Schwerpunktnennung nicht verborgen geblieben sein kann. Daß das so ist, hängt augenscheinlich damit zusammen, daß sie in den Strudel einer Politisierung der Hochschule ganz neuer Art geraten ist, der mit dem neuen Hochschulgesetz zusammenhängt. Da das Präsidium sich die Prämissen der Politik nicht nur zueigen machen mußte, sondern auch eine eigene Reformprogrammatik darauf aufgebaut hat, ist seine Stellung in der Universität schicksalhaft mit dem Reformvorhaben und seinem Gelingen verbunden. Sie muß nun für es um Gefolgschaft werben und da ein Scheitern, ja nur ein Stocken des Reformprozesses gleichbedeutend mit einem Scheitern auch des Präsidiums wäre, muß sie schon im eigenen Amtsinteresse alles daransetzen, den Anschein zu erwecken, die Universität sei grundsätzlich auf dem richtigen Weg - obwohl viele Fragen nicht geklärt sind.

Die Universität ist durch diese Konstellation in ein fatales Dilemma geraten. Man weiß als Hochschulangehöriger nicht mehr, ob das Präsidium der Repräsentant der Universität gegenüber dem Ministerium ist, oder der verlängerte Arm des Ministeriums in der Universität. Den entstandenen Schaden könnte das Präsidium allein gar nicht mehr rückgängig machen. Denn die Tatsache, daß die wissenschaftliche Kollegialität nicht mehr den Kern der universitären Selbstorganisation bildet, ist von allen herbeigeführt worden. Das kann sich in der Universität natürlich noch niemand offen eingestehen. Das Präsidium nicht, weil es sich sonst selbst schwächen würde, und die Professoren nicht, weil diese sonst ihrem eigenen Vertreter in den Rücken fallen würden. Deshalb gibt es in dem Prozeß bislang kein Korrektiv. Solange diese technokratische Reform das politische Programm des Präsidiums ist, muß es dafür Gefolgschaft bilden, und solange es die Professoren in Zweckbündnisse einbinden kann, kann ein Scheitern des Reformansatzes auch nicht offenkundig werden. Es ist ein System, das sich gegen Kritik immunisiert und die Verantwortlichen in die Vereinsamung führt.

Vorläufig wird das neue Wissenschafts-Unternehmen noch von der vorhandenen Substanz leben müssen, aber irgendwann wird es dazu übergehen, genau das zu fördern, was plakativ als Nachweis einer erfolgreichen Wissenschaftsförderung dienen kann. Und dies wird die Professoren dazu verleiten, sich in ihrer Forschung und Lehre immer mehr auf das zu kaprizieren, was vermeintlich oder tatsächlich als „gesellschaftlich verwertbar“ ausgewiesen werden kann. Was dies genau sein soll, kann nicht wissenschaftlich, sondern nur politisch entschieden werden. Ist es aber erst einmal soweit, daß die Mittel für Forschungsprojekte strategisch mit dem Ausweis ihrer Verwertbarkeit eingeworben werden müssen, wird auch die Autonomie der Wissenschaft, die mit der inneren Freiheit beginnt, sich zweckfrei Fragen um ihrer selbst stellen zu können, zur Farce. Der von der Politik inthronisierte und sich gegenwärtig einnistende universitäre Bonapartismus wird dann allerdings noch die zusätzliche Aufgabe haben, durch ständige Feiern eines wissenschaftlichen Elitentums den faktischen Niedergang der innovativen Leistungskraft der Universität zu verbrämen.